

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes zur Ausland-Ausland-Fernmeldeaufklärung
des Bundesnachrichtendienstes
– Drucksache 18/9529 –**

Stellungnahme des Bundesrates

Der Bundesrat hat in seiner 948. Sitzung am 23. September 2016 beschlossen, gegen den Entwurf eines Gesetzes zur Ausland-Ausland-Fernmeldeaufklärung des Bundesnachrichtendienstes gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes keine Einwendungen zu erheben.

